

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Jens Wolf, Jörg Hamann, Michael Westenberger,
Dennis Thering, Ralf Niedmers (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Qualitatives Wachstum für Hamburg – Infrastruktur und Lebensqualität
angemessen berücksichtigen**

Viele Menschen in Hamburg beklagen schon jetzt, dass durch den Wohnungsbau zunehmend Frei- und Grünflächen vernichtet werden. In den Neubaugebieten fehle eine differenzierte Infrastruktur. Ursache dessen ist auch, dass immer mehr Gewerbeflächen für die Wohnnutzung umgewidmet werden. Der ÖPNV in Hamburg ist bereits jetzt an vielen Stellen trotz Taktverdichtung überlastet. Der Individualverkehr nimmt Hamburg als Staustadt wahr.

Die Bevölkerungszahl der Freien und Hansestadt Hamburg wird sich nach der Prognose des Instituts der Deutschen Wirtschaft von 2015 bis 2035 weiter um rund 160 000 erhöhen, das heißt einen Zuwachs von insgesamt 9,1 Prozent verzeichnen.¹ Rot-Grün begrüßt dieses quantitative Wachstum. So hat der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dirk Kienscherf, in einem Interview mit dem „Hamburger Abendblatt“ verlauten lassen, dass er sich Hamburg durchaus auch mit 2,2 Millionen Einwohnern vorstellen könne.

Nach Rechnungen des Abendblatts müssten jedoch mindestens 200 000 neue Wohnungen entstehen, um dem Zuwachs Herr zu werden.² Schulsenator Rabe geht davon aus, dass in Hamburg 20 Prozent mehr Grundschulplätze in den kommenden Jahren nötig seien.

Wachstum darf nicht einseitig zu einem Verlust an Lebensqualität führen. Qualitatives Wachstum muss mit dem quantitativen Zuwachs einhergehen. Nur so kann es zu einem Wachstum mit Augenmaß kommen. Dies hat insbesondere den Ausbau der Infrastruktur zur Folge. Damit Hamburg eine lebenswerte Stadt bleibt, muss auch in allen Bereichen sichergestellt werden, dass die regionale Infrastruktur dem prognostizierten Zuwachs angepasst wird. Wachstum heißt nicht nur mehr Einwohner. Die betroffenen Bereiche sind vielfältig und umfassen unter anderem die Anpassung und den Ausbau in den Bereichen Verkehr, ärztliche Versorgung, Schulen, Kitas, Grünflächen und Sportplätze. Gerade für die ältere Bevölkerung und Familien mit kleinen Kindern sind kurze Wege zu einer funktionierenden Nahversorgung mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, Ärzten und Apotheken wichtig. In all diesen Bereichen entstehen durch mehr Einwohner Herausforderungen. Bei der Entwicklung neuer Quartiere sind Verkehrskonzepte zu entwickeln, die den Verkehr im Quartier möglichst reduzieren und lebendiges Leben auf Wegen und Plätzen ermöglichen. Nicht zuletzt bedingt ein Bevölkerungswachstum eine Aufstockung von Polizei, Feuerwehr und Justiz.

Eine besondere Herausforderung für Hamburg stellt der Spagat zwischen Wachstum und dem Erhalt des grünen Städtecharakters dar. Bei allen Bemühungen im Woh-

¹ <https://www.iwkoeln.de/studien/iw-trends/beitrag/philipp-deschermeier-bevoelkerungsentwicklung-in-den-deutschen-bundeslaendern-bis-2035-357919.html>.

² <https://www.abendblatt.de/hamburg/article214395427/Was-waere-wenn-Hamburg-2-2-Millionen-Einwohner-haette.html>.

nungsbau und dem Ausbau der entsprechenden Infrastruktur muss der Schutz von ausreichend Grünflächen, Naherholungs- und Naturschutzgebieten oberste Priorität haben. Diese sind gleichzeitig ein entscheidender Faktor für Umwelt- sowie Lebensqualität der Stadt. Da das Kontingent weiterer Bauflächen bereits heute an seine Grenzen stößt, müssen wir neue Wege gehen und intelligent wachsen. Dies ist unter anderem möglich durch die Aufstockung bereits bestehender Gebäude, die Verlegung von Pkw-Parkräumen unter die Erde oder die Über-/Untertunnelung von Straßen und Gleisen. Um diese neuen Wege umsetzen zu können, bedarf es jedoch entsprechender rechtlicher Anpassungen und einer dahin gehenden Überprüfung der aktuellen Grundlagen, wie der Hamburgischen Bauordnung und des Flächennutzungsplans.

Der aktuelle Flächennutzungsplan in der Fassung der Neubekanntmachung von Oktober 1997 basiert jedoch auf Annahmen, die eine sinkende Bevölkerungszahl prognostizierten (vergleiche Drs. 21/8112). Eine gesamtstädtische gründliche Überprüfung des Flächennutzungsplans sowie eine Angleichung an die heutigen Gegebenheiten wird bislang von Rot-Grün abgelehnt (vergleiche Drs. 21/8112).

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. unter Berücksichtigung der geänderten Bevölkerungsprognose eine grundlegende Überprüfung des gesamtstädtischen Flächennutzungsplans vorzunehmen und ein Änderungsverfahren auf den Weg zu bringen, das der Berücksichtigung einer angemessenen Infrastruktur sowie einem Ausgleich von Wohnungsbau, Gewerbe und Grünflächen Rechnung trägt.
2. die Plangrundlagen der Kreise und Gemeinden der Metropolregion in die Flächennutzungsplanung einzubeziehen.
3. in Bebauungsplanverfahren zielgerichtete Maßnahmen zu ergreifen, um den Erhalt von Landschaftsschutzgebieten und schutzbedürftigen Grünflächen langfristig zu gewährleisten sowie die Hamburgische Bauordnung dahin gehend zu überprüfen und anzupassen.
4. Flächen durch effiziente städtebauliche Möglichkeiten, wie die Verlegung von Straßen und Parkraum unter die Erde oder die Über- beziehungsweise Untertunnelung von Straßen, zu aktivieren.
5. der Bürgerschaft bis zum 31. Oktober 2019 ein vollständiges Konzept vorzulegen, wie der durch mehr Einwohner erhöhte Bedarf an Infrastruktur und Personal gedeckt werden soll.